

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 7

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

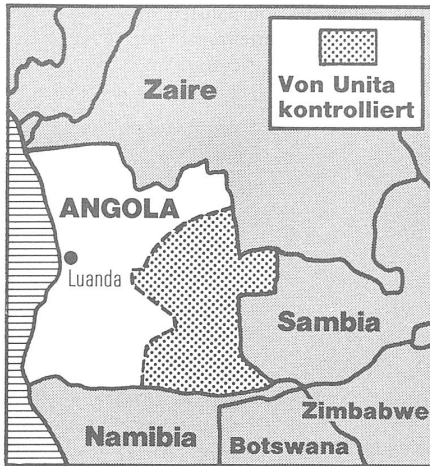
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



cherheitsreserve und «schnelle Eingreiftruppe» abstellen werden. Die Inselgruppe liegt keine zwei Flugstunden von Luanda entfernt. Ein erfolgreicher Putsch hätte einem kubanischen Rückzug auf das Inselreduit (Bollwerk) vorgebeugt.

Vieles deutet darauf hin, dass alle im Angola-konflikt verstrickten Parteien derzeit ihre Kräfte darauf konzentrieren, sich eine möglichst günstige Ausgangslage für (baldige?) Verhandlungen zu schaffen. Gegenwärtig herrscht militärische und politisch-diplomatische Pattsituation. j. b.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch  
Telegramm Schweizost  
Postcheck ZeitBild 30-24616-5  
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03  
Deutsche Bank Frankfurt a. M.  
(BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Säger, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise Inland**  
Jahresabonnement Fr. 48.—  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—  
Einzelnummer Fr. 2.50

**Abonnementspreise Ausland**  
**Europa + Mittelmeerländer**  
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/  
Luftpost sFr. 58.—  
Studenten, Lehrlinge und Schüler  
sFr. 33.—/DM 40.—  
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

**Übersee**  
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Briefe

«Ja, so wie in Südafrika»

Politiker der Linken, Vertreter kirchlicher Hilfswerke, Naivgläubige fordern, im Apartheidwirbel sich profilierend, unermüdlich Wirtschaftssanktionen und Boykotte gegen Pretoria, als wäre es der Sitz des grössten Welt Übels. Als mir kürzlich bei einer ärztlichen Untersuchung spasseshalber das Wort «Folter» entschlüpfte, bemerkte die Arztgehilfin spontan: «Ja, so wie in Südafrika.» Ein Zufall? In einem Kirchenblatt wurde von Hunderttausenden von Verhafteten und Gefolterten berichtet – natürlich aus Südafrika. Die Sowjets versäumen keine Gelegenheit, in die Glut eines möglichen Umsturzes im Burenland zu blasen. Hinter ihrer Parole «Befreiung der unterdrückten Schwarzen» verstecken sich handfeste Interessen: Gold, Diamanten, Platin und Territorium von hohem strategischem Wert. Prominente Politiker, Schriftsteller, Friedensstreiter haben sich so sehr in der Dauerhetze gegen die das Menschenrecht verletzende Apartheid engagiert, als hätten sie überhaupt nie etwas von Afghanistan, vom Gulag, von Katyn und von der geistigen Ausrottung ganzer Völkerschaften im Sowjetreich gehört.



Ein vergessener Fleck Europas. Marginal. Wer spricht schon von Estland, dem kleinen, tapferen Bauernvolk am finnischen Meerbusen, das eine dem Finnischen ähnliche Sprache spricht? Vor bald 50 Jahren sind Tausende und Aber-tausende von Esten – Frauen, Männer, Kinder – frühmorgens aus dem Bett geholt, in Viehwagen gepercht und nach Sibirien deportiert worden. Gleich ist es Hunderttausenden von Letten und Litauern ergangen. Keine Schriftsteller, Pfarrer, Friedenskämpfer im Westen haben dagegen protestiert. Estland heute: «geheiligt» Sowjetterritorium, von Jahr zu Jahr mehr industrialisiert und russifiziert, in einigen Städten die Russen in der Mehrzahl, in allem von Moskau abhängig. Kein Thema für all die, die nicht müde werden, Sanktionen gegen Südafrika zu fordern.

Noch vor den Massendemonstrationen in Armenien für die Rückgliederung von Nagorno Karabach ist in Estland, ermöglicht durch Glasnost, beinahe ein Wunder geschehen. Ein Wunder, das – trügerische? – Hoffnungen weckt. Am 23. August 1987 fand in Tallinn eine friedliche Demonstration gegen den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 statt. Die Geheimklauseln des Paktes – ein Tabu in der Sowjetunion – waren das Todesurteil für die baltischen Freistaa-

ten. Doch jetzt das völlig Neue: Niemand hat diese nationale Demonstration behindert. Und noch mehr: Das estnische Fernsehen interviewte die Initiativgruppe. Nicht weniger erstaunlich ist, dass drei junge Esten in der Spalte «Eine Lehrstunde» des estnischen Blattes «Norte Hääl» vom 25. August ihre Fragen und Gedanken veröffentlichen konnten.

Hier ein Ausschnitt aus dem Beitrag von Roland Pavluhhin, einem Schüler der 10. Klasse:  
*«Beim Café «Varblane» wurden noch einige Losungen entrollt: «Die stalinistischen Mörder vor Gericht» – «Molotow-Ribbentrop-Pakt veröffentlichen» – «Selbstbestimmung für die Baltischen Staaten»; für zwei Bürger – Niklus und Tarto – wurde Freiheit gefordert. Aufrecht gesagt, waren dies für mich völlig unbekannt Namen neben beispielsweise Nelson Mandela.»*

Nuklus und Tarto sind Esten, die, wie viele Balten, nie Gewalt angewendet oder dazu aufgerufen haben, für ihre Treue zu den Grundsätzen der Gerechtigkeit in Straflagern fern der Heimat grausam leiden müssen. Mit Nelson Mandela freilich, offenbar einem Begriff auch in der Sowjetrepublik Estland, sind wir wieder beim Dauerthema Südafrika.



«Die Armee des chilenischen Generals Pinochet oder die Südafrikaner haben Europa niemals bedroht, so dass man ihnen gegenüber ruhig Heldenposen einnehmen konnte, um zu verdecken, dass man gleichzeitig vor Moskau kuscht.» Mit diesem Satz hat Otto von Habsburg den Nagel auf den Kopf getroffen. Kaum vergeht ein Tag, ohne dass im Radio oder Fernsehen im kritischen Sinn von Südafrika die Rede ist. Seit Jahren schon.

Ebensowenig wie das totalitäre Sowjetsystem, die Diktatur Chiles und das Kastennwesen Indiens entspricht Südafrikas Apartheidpolitik der Vorstellung einer Demokratie. Der unterschiedliche Entwicklungsstand der Bevölkerung jedoch lässt vernünftigerweise nur einen schrittweisen Abbau der Rassenschranken zu; eine «überstürzte» Mehrheitsregierung der Schwarzen würde zu blutigen Stammesfehden und wirtschaftlichem Chaos führen. Bedenklich ist, dass Bischof Tutu, Friedensnobelpreisträger, und seine moskauhörigen Anhänger vom Weltkirchenrat Gewalt nicht ausschliesen.  
Hans Rychener

## In Kürze

Die ... sollte auch in der Armee durchgeführt werden, verlangt die Monatszeitschrift «Kommunist Ukrainy», Kiew, Nr. 2/1988. Alarmierend sei zurzeit die Verschlechterung der Disziplin sowie die Isolierung der Kommandanten, der Politorgane und der Parteiorganisationen von den Soldaten. Als Remedium wird unter anderem verlangt, dass die Soldatenräte und Soldatenversammlungen von nun an eine echte statt nur eine nominelle Rolle zu spielen hätten. Was zeigt, wie es um solche Gremien bisher bestellt war: genau so, wie es im Westen die «sattsam bekannten Antikommunisten» und die «unverbesserlichen kalten Krieger» gesagt hatten.

★

In der letzten Nummer hatten wir über eine Umfrage unter ungarischen Studenten berichtet, die anscheinend immer weniger vom Sozialismus halten. Nunmehr spricht die Parteizeitung «Nepszabadsag» (Budapest, 9. 3. 1988) über eine ähnliche Umfrage unter Gymnasiasten. Diese seien dafür, dass man «die Führungsrolle der Partei überprüfe» und einen «gewissen Pluralismus» in der Gesellschaft zulasse. 40 Prozent der Befragten nannten sich gläubig, «wesentlich mehr als früher». Früher wollte jeder vierte Abiturient in die Partei treten, jetzt fast niemand.

★

Über «Schwierigkeiten mit dem Papier» berichtet «Zycie Warszawy» (Warschau, 10. 3. 1988). Letztes Jahr seien 87 Millionen Rollen Toilettenpapier in den Handel gelangt, das heisst 2,5 Rollen pro Einwohner im Jahr. Um so grösser sei die Empörung darüber, dass man gleichzeitig auch 12 000 Rollen exportierte.

★

Werden Ungarn und Polen die ersten sozialistischen Länder mit einer Art Zivildienst für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen sein?

Der Ungarische Friedensrat hat eine Beratung über die Einführung eines «alternativen Militärdienstes» für Verweigerer des Waffendienstes aus Gewissensgründen abgehalten. Gesucht wird eine «ungarische Lösung ohne Schwächung der (militärischen) Bündnispartner». («Magyar Hirlap», Budapest, 18. 3. 1988)

In Ungarn gibt es bereits den waffenlosen Dienst bei den Bautruppen, allerdings nicht für

Militärdienstverweigerer, die man bestraft. Zu den Bautruppen, die nach der Art von Strafbataillonen organisiert sind und militärisch kommandiert werden, zieht man grossenteils soziale Elemente ein, zum Beispiel Kinder aus Alkoholikerfamilien oder Burschen, die wegen Jugendkriminalität vorbestraft sind. Vorsorglich dazu aufgebildet werden dann je nachdem auch politisch suspekte Jugendliche oder Angehörige von Kategorien (angehende Priester, Zeugen Jehovas), bei denen sich Probleme mit dem Waffendienst voraussehen lassen.

In Polen werden laut Regierungssprecher Jerzy Urban gegenwärtig die gesetzlichen Bestimmungen zur militärischen Einberufung überprüft. Ziel sei es, einen alternativen Dienst für Personen zu schaffen, «welche im Zusammenhang mit ihrer Weltanschauung oder mit ihren sonstigen Ansichten keinen Dienst in der Armee leisten wollen». Das Vorhaben der Regierung stelle indessen kein Einlenken auf die Forderungen der (oppositionellen) Bewegung «Freiheit und Frieden» dar, welche die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen propagiert. Jene Bewegung ist laut Urban «eine politische Organisation zur Schwächung unseres Bündnissystems und des polnischen Verteidigungssystems». (Radio Warschau und westliche Agenturen aus Warschau, 19. 1. 1988)

★

«In den sozialistischen Ländern kann ein Mehrparteiensystem unter der Voraussetzung bestehen, dass die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei gewährleistet ist.» («Uj szo», ungarischsprachige Zeitung der Slowakei, Bratislava, 11. 3. 1988)

★

In Ungarn gab es 1983 auf hundert Stellensuchende 129 Stellenangebote, 1987 aber nur noch 90 Stellenangebote. Das schreibt die Zeitung «Magyar Nemzet» (Budapest, 27. 2. 1988) unter dem Titel «Schwierigkeiten der Jugend». Neuerdings wird in der ungarischen Öffentlichkeit das früher verpönte Wort der Arbeitslosigkeit (der Ausdruck war nur zulässig, wenn er auf kapitalistische Zustände gemünzt war) auch ausgeschrieben. Aus dem gleichen Beitrag noch eine Information: In den letzten zwei Jahren ist die Mitgliederzahl des Kommunistischen Jugendbundes um 100 000 gesunken; seine Sektionen an manchen Universitäten und Fakultäten sind mangels Interessenten bereits existenzgefährdet.

«Die Pflicht des Journalisten zur Parteilichkeit (im Sinne von Parteitreue) wird missverstanden, wenn man sie nur als Pflicht zur genauen Befolgung von Parteienanweisungen versteht.» («Prawda», Moskau, 9. 3. 1988)

Aber *dass* der Journalist der Parteilichkeit verpflichtet ist, scheint als Axiom nach wie vor unangefochten zu sein. . .

★

In Bulgarien kostet eine Videokassette zwischen 75 und 80 Lewa. Der durchschnittliche Monatslohn für Arbeiter und Angestellte beläuft sich auf 230 Lewa, und ein Lew hat eine Kaufkraft von etwa 30 Rappen. Bei diesen Preisen können eingeschmuggelte Westprodukte konkurrieren, die laut «Rabotnitschesko delo» (Sofia, 9. 2. 1988) vornehmlich Pornographie oder Gewalt zum Gegenstand haben. Häufig wird das ursprüngliche Band des Staatshandels überspielt, und das bulgarische Etikett dient nur noch Tarnungszwecken. Es gelte, so das bulgarische Komitee für Staats- und Volkskontrolle, den Tätern das Handwerk zu legen und gleichzeitig die offiziellen Erzeugnisse so zu gestalten, dass sie bei den Leuten ankämen. So oder anders ist dieser Konsum eine teure Sache: Ein Videorecorder kostet 3000 Lewa, also ein Jahresgehalt.

★

Im Gebiet Kuibischew (RSFSR, 1500 km südöstlich von Moskau oder 1000 km nördlich vom Kaspischen Meer) ist es diesen Winter zu einer Reihe von Silobränden und zwei Explosionen gekommen. Zurückzuführen war das darauf, dass man die dort geernteten Sonnenblumenkerne nach einem nassen Herbst ungetrocknet einlagerte, mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 30 Prozent statt der üblichen 17 Prozent, was zu Gärungsentzündungen führte. Nach vereinzelt Brandfällen im Dezember kam es im Januar zu 23 Feuersbrünsten (ein Todesopfer) und zwei Explosionen (zwei Todesopfer im einen Fall). Die angeordnete Räumung der Silos erweist sich als schwierig, weil die verpappete Masse die Auswurfrohre zugeklebt hat. Als Moskauer Vertreter von Presse und Fernsehen anreisten, um Bericht zu erstatten, waren die Verantwortlichen der zuständigen Behörden entweder nicht zu sprechen oder nicht aufzutreiben. («Iswestija», Moskau, 15. 2. 1988)

★

In der UdSSR gibt man für die Dienstwagen der Funktionäre ebenso viel aus wie für die städtischen Verkehrsnetze im ganzen Land, das heisst für Autobusse, Trolleybusse, Strassenbahnen und Metro zusammen. («Polityka», Warschau, 19. 3. 1988, nach «Nedelja», Moskau)